

| Hundesteuersatzung alt lt. Beschluss vom 10.10.2012   | Hundesteuersatzung neu   | Begründung der Änderung  |
|---|--|--|
| <p>Auf Grund der §§ 4, 6 und 91 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 5. Oktober 1993 (GVBl. S. 568), in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung der Gemeindeordnung vom 10.08.2009 (GVBl. LSA S. 383) und aufgrund der §§ 2 und 3 des Kommunalabgabengesetzes (KAG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1996 (GVBl. S. 406), in der zuletzt geänderten Fassung, in Verbindung mit dem Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren vom 23.01.2009 (GVBl. LSA S.22), in der jeweils gültigen Fassung hat der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte in seiner Sitzung am <b>10.10.2012</b> folgende Hundesteuersatzung erlassen:</p> | <p>Aufgrund der §§ 4, 5, 8, 45 Abs.2 Nr. 1 und 99 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) sowie der §§ 2, 3 und 13 a des Kommunalabgabengesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KAG LSA) vom 13.12.1996 (GVBl. LSA S. 405), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juni 2016 (GVBl. LSA S. 202) in Verbindung mit dem Gesetz zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren vom 23.01.2009 in der Fassung der letzten Änderung vom 27.10.2015 (GVBl.LSA S.560) hat der Stadtrat der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte in seiner Sitzung am ..... folgende 1. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer beschlossen:</p> | <p>Präambel wurde an das KVG LSA und an die anderen Gesetzesänderungen angepasst</p> |
| <p><b>§ 1</b><br/><b>Steuergegenstand</b></p> <p>(1) Die Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte erhebt die Hundesteuer nach dieser Satzung.</p> <p>(2) Gegenstand der Steuer ist das Halten von mehr als drei Monate alten Hunden durch natürliche Personen im Gebiet der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte. Wird das Alter des Hundes nicht nachgewiesen, so ist davon auszugehen, dass er älter als drei Monate ist.</p>   | <p><b>§ 1 bleibt unverändert</b></p>   |  |
| <p><b>§ 2</b><br/><b>Steuerschuldner</b></p> <p>(1) Steuerschuldner ist der Halter eines Hundes.</p> <p>(2) Halter eines Hundes ist, wer einen oder mehrere Hunde zu persönlichen Zwecken im eigenen Interesse</p>  | <p><b>§ 2 bleibt unverändert</b></p>   |  |

|  |                                      |  |
|--|--------------------------------------|--|
| <p>oder im Interesse seiner Haushaltsangehörigen im eigenen Haushalt aufgenommen hat.</p> <p>(3) Als Halter eines Hundes gilt auch, wer einen Hund länger als zwei Monate ununterbrochen im Jahr untergebracht, zur Pflege, auf Probe oder zum Anlernen gehalten hat, es sei denn er kann nachweisen, dass der Hund bereits in einer anderen Gemeinde in der Bundesrepublik Deutschland versteuert wird oder von der Steuer befreit ist.</p> <p>(4) Alle in einem Haushalt aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten.</p>  |                                      |  |
| <p><b>§ 3</b><br/><b>Entstehung und Ende der Steuerpflicht</b></p> <p>(1) Die Steuerpflicht entsteht mit dem 1. des Monats der dem Monat folgt, in dem ein Hund in einem Haushalt aufgenommen wird; indem der Halter mit einem Hund zuzieht, oder in dem der Zeitraum von zwei Monaten in den Fällen des § 2 Abs. 3 überschritten wird.<br/>Die Steuerpflicht beginnt jedoch frühestens mit dem 1. des Monats der dem Monat folgt, in dem der Hund drei Monate alt wird.</p> <p>(2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Monats, in dem die Hundehaltung beendet wird. Die Hundehaltung ist beendet, wenn der Hund abgeschafft wird, abhanden kommt, verstirbt oder der Halter wegzieht.</p> | <p><b>§ 3 bleibt unverändert</b></p> |  |

|   |                                      |  |
|---|--------------------------------------|--|
| <p style="text-align: center;"><b>§ 4</b><br/><b>Erhebungszeitraum und Entstehung der<br/>Steuerschuld</b></p> <p>(1) Die Steuer wird als Jahressteuer erhoben. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.</p> <p>(2) Die Jahressteuerschuld entsteht jeweils zu Beginn des Erhebungszeitraumes am 01.01. des jeweiligen Kalenderjahres. Beginnt die Steuerpflicht erst im Laufe des Erhebungszeitraumes, entsteht die Steuerschuld mit dem 1. des Monats, in dem die Steuerpflicht beginnt (§3 Abs. 1).</p> <p>(3) Entsteht oder endet die Steuerpflicht im Laufe eines Kalenderjahres, so ist die Steuer anteilmäßig auf volle Monate zu berechnen.</p>  | <p><b>§ 4 bleibt unverändert</b></p> |  |
| <p style="text-align: center;"><b>§ 5</b><br/><b>Festsetzung und Fälligkeit</b></p> <p>(1) Die Steuer wird mit Bescheid festgesetzt. Der Bescheid gilt bis zum Beginn des Zeitraumes, für den ein neuer Bescheid erteilt wird.</p> <p>(2) Die Steuer wird in vierteljährlichen Teilbeträgen zum 15.02, 15.05, 15.08. und 15.11. eines jeden Jahres fällig.</p> <p>(3) Die Steuer kann auf Antrag als Jahresbetrag zum 01.07. festgesetzt werden.</p> <p>(4) Bei Zuzug wird auf Antrag die nachweislich für diesen Zeitraum bereits entrichtete Hundesteuer bis zur Höhe der nach dieser Satzung für den Monat zu entrichtenden Steuer angerechnet. Dies gilt sinngemäß, wenn ein versteuerter Hund erworben wird.</p> | <p><b>§ 5 bleibt unverändert</b></p> |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p style="text-align: center;"><b>§ 6<br/>Steuersätze</b></p> <p>(1) Die Steuer wird nach der Anzahl der gehaltenen Hunde bemessen. Sie beträgt jährlich:</p> <p>a) für den ersten Hund 40,00 Euro<br/>b) für den zweiten Hund 60,00 Euro<br/>c) für den dritten und jeden weiteren Hund 80,00 Euro</p> <p>(2) Hunde, für die eine Steuerbefreiung nach § 8 gewährt wird, sind bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht anzusetzen. Hunde, für die die Steuerermäßigung nach § 9 gewährt wird, gelten als erste Hunde.</p> <p>(3) Gefährliche Hunde (Kampfhunde), sind solche Hunde, von denen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgehen kann. In Sachsen-Anhalt gelten nachfolgende Rassen als gefährlich:</p> <p>a) American Staffordshire Terrier,<br/>b) Bullterrier,<br/>c) Pitbull Terrier,<br/>d) Staffordshire Bullterrier sowie<br/>e) Kreuzungen dieser Rassen untereinander oder mit anderen Rassen.</p> <p>(4) Abweichend von Abs. 1 wird die Steuer für das Halten neu angemeldeter gefährlicher Hunde ab Inkrafttreten dieser Satzung jährlich mit folgendem Steuersatz festgesetzt:</p> <p>a) für den ersten gefährlichen Hund im Haushalt 300,00 Euro</p> | <p style="text-align: center;"><b>§ 6<br/>Steuersätze</b></p> <p>(1) Die Steuer wird nach der Anzahl der gehaltenen Hunde bemessen. Sie beträgt jährlich:</p> <p>a) für den ersten Hund 50,00 Euro<br/>b) für den zweiten Hund 70,00 Euro<br/>c) für den dritten und jeden weiteren Hund 90,00 Euro</p> <p><b>Abs. 2 und 3 bleiben unverändert</b></p> <p>4) Abweichend von Abs. 1 wird die Steuer für das Halten angemeldeter gefährlicher Hunde ab Inkrafttreten dieser Satzung jährlich mit folgendem Steuersatz festgesetzt:</p> | <p>Die Verwaltung bringt, aufgrund der derzeitigen Haushaltslage, eine marginale Erhöhung der Hundesteuern um jeweils 10,00 € im Jahr als Vorschlag ein.</p> <p>Auf Hinweis der Kommunalaufsicht wurde in Abs. 4 S. 1 das Wort „neu“ gestrichen. Die Regelung nur auf neue gefährliche Hunde zu beziehen verstöße gegen Art. 3 GG. Die Regelung muss sich auf alle gefährlichen Hunde der Einheitsgemeinde beziehen.</p> |
|--|--|--|

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>b) für den zweiten gefährlichen Hund im Haushalt<br/>350,00 Euro<br/>c) für jeden weiteren gefährlichen Hund im Haushalt<br/>400,00 Euro</p>  |  |  |
| <p style="text-align: center;"><b>§ 7</b><br/><b>Allgemeine Voraussetzungen für<br/>Steuervergünstigungen</b></p> <p>(1) Die Gewährung von Steuervergünstigungen (Steuerbefreiungen, Steuerermäßigungen), nach den §§ 8 und 9 richtet sich nach den Verhältnissen zu Beginn des Kalenderjahres. In den Fällen des § 3 Abs. 1 sind die Verhältnisse bei Beginn der Steuerpflicht maßgeblich.</p> <p>(2) Steuervergünstigungen werden nur gewährt, wenn die Hunde, für welche die Vergünstigungen in Anspruch genommen werden soll:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. für den angegebenen Verwendungszweck hinlänglich geeignet sind,</li> <li>2. entsprechend den Erfordernissen des Tierschutzes gehalten werden,</li> <li>3. die in den Fällen des § 9 Nr. 2 und 3 geforderte Prüfung mit Erfolg abgelegt haben.</li> <li>4. Anträge auf Gewährung einer Steuervergünstigung sollen bis zum Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides gestellt werden.</li> </ol> | <p style="text-align: center;"><b>Abs. 1 bleibt unverändert</b></p> <p><b>4. Der Antrag auf Steuervergünstigung ist mit den erforderlichen Nachweisen spätestens zwei Wochen vor Beginn des Monats, in dem die Steuervergünstigung wirksam werden soll, schriftlich bei der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte zu stellen. Bei verspätetem Antrag wird die Steuer für den nach Eingang des Antrages beginnenden Monat auch dann nach den Steuersätzen des § 6 (1) erhoben, wenn die Voraussetzung für die beantragte Steuervergünstigung vorliegt.</b></p> | <p>Auf Hinweis der Kommunalaufsicht wurde in § 7 Abs. 2 Nr. 4 die Antragstellung auf Steuervergünstigung konkretisiert und der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes angepasst.</p> |

|  |   |   |
|--|---|---|
| <p>(3) Die Steuervergünstigung gilt nur für die Halter, für die sie beantragt und bewilligt worden ist.</p>  | <p><b>Abs. 3 bleibt unverändert</b></p> <p><b>(4) Eine Steuervergünstigung wird für gefährliche Hunde nach § 6 Abs. 3 der Satzung nicht gewährt.</b></p>  | <p>Abs. 4 wird neu eingefügt<br/>Konkretisierung des § zur Steuervergünstigung, um klarzustellen, dass gefährliche Hunde keine Steuervergünstigung erhalten.</p>  |
| <p><b>§ 8</b><br/><b>Steuerbefreiungen</b></p> <p>Steuerbefreiung wird auf Antrag gewährt für</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Hunde, die ausschließlich dem Schutz und der Hilfe blinder, tauber oder sonst hilfloser Personen dienen. Sonst hilflose Personen sind solche Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „B“, „BL“, „aG“ oder „H“ besitzen.</li> <li>2. Gebrauchshunde in der erforderlichen Anzahl, welche ausschließlich für die Bewachung von Herden verwendet werden,</li> <li>3. Jagdgebrauchshunde, die von Jagdausübungsberechtigten und bestätigten Jagdaufsehern, sofern diese Inhaber des Jagdscheines sind, und der Hund ausschließlich zum Zwecke der Jagd eingesetzt wird und eine Jagdeignungsprüfung abgelegt hat.</li> <li>4. Hunde, die von ihrem Halter nachweislich aus einem Tierheim erworben wurden, bis zum Ablauf von 6 Monaten nach dem Erwerb.</li> </ol> | <p>1. Hunde, die ausschließlich dem Schutz und der Hilfe blinder, tauber oder sonst hilfloser Personen dienen. <b>Sonst hilflose Personen sind solche Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen „Bl“, „G“, „aG“ oder „H“ besitzen.</b></p> <p><b>Nr. 2 – 4 bleiben unverändert</b></p> | <p>Das Merkzeichen „B“ wurde herausgenommen und durch das Merkzeichen „G“ ersetzt. Auf Hinweis der Kommunalaufsicht und im Sinne des § 146 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) sowie der Schwerbehindertenausweisverordnung wurde diese Änderung eingearbeitet.</p> |
| <p><b>§ 9</b><br/><b>Steuerermäßigungen</b></p> <p>Die Steuer wird auf Antrag auf 50 v.H. ermäßigt für:</p>  | <p><b>§ 9 bleibt unverändert</b></p>  |   |

|   |                                       |  |
|---|---------------------------------------|--|
| <p>1. einen Hund, der der Bewachung von bewohnten Gebäuden dient, die von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 200 m Luftlinie entfernt liegen,</p> <p>2. Hunde, die die für Melde-, Sanitäts- oder Schutzhunde vorgeschriebene Prüfung vor Leistungsprüfern der zuständigen Fachorganisation mit Erfolg abgelegt haben und für den Zivilschutz, Katastrophenschutz oder Rettungsdienst zur Verfügung stehen. Die Ablegung der Prüfung ist durch Vorlage eines Prüfungszeugnisses nachzuweisen und die Verwendung des Hundes in geeigneter Weise glaubhaft zu machen.</p> <p>3. Jaggebrauchshunde, die eine Jagdeignungsprüfung abgelegt haben und neben persönlichen Zwecken auch der Jagd dienen (je Jäger ein Hund). Die Ablegung der Prüfung ist durch Vorlage eines Prüfungszeugnisses nachzuweisen.</p> <p>4. Hunde, die von zugelassenen Unternehmen des Bewachungsgewerbes oder von berufsmäßigen Einzelwächtern neben persönlichen Zwecken auch zur Ausübung des Wachdienstes dienen.</p> |                                       |  |
| <p style="text-align: center;"><b>§ 10</b><br/><b>Meldepflichten</b></p> <p>(1) Der Hundehalter ist verpflichtet, den oder die Hunde innerhalb von 14 Tagen nach der Aufnahme oder, wenn der Hund ihm durch Geburt von einer von ihm gehaltenen Hündin zugewachsen ist, innerhalb von 14 Tagen nach Ablauf des dritten Monats nach der Geburt bei der Einheitsgemeinde schriftlich anzumelden. In den Fällen des § 2 Abs. 3 muss die Anmeldung innerhalb von 14 Tagen, in dem der Zeitraum von zwei Monaten überschritten worden ist, erfolgen.</p> <p>(2) Der Hundehalter ist verpflichtet, den oder die</p>   | <p><b>§ 10 bleibt unverändert</b></p> |  |

|   |                                       |  |
|---|---------------------------------------|--|
| <p>Hunde innerhalb von 14 Tagen nach Beendigung der Hundehaltung (§ 3 Abs. 2) schriftlich bei der Einheitsgemeinde abzumelden.</p> <p>Im Falle der Veräußerung des Hundes oder der Hunde sind bei der Abmeldung der Name und die Anschrift des Erwerbers bzw. der Erwerber anzugeben.</p> <p>Erfolgt die Meldung nicht innerhalb der Frist, endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Monats, in dem die Meldung bei der Einheitsgemeinde eingeht.</p> <p>(3) Wenn ernsthafte Gründe glaubhaft gemacht werden, dass die Meldung nicht innerhalb der Frist erfolgen konnte und nach Wegfall des Hinderungsgrundes unverzüglich die Meldung nachgeholt wird, kann auf der Grundlage der allgemeinen Verfahrensvorschriften die Abmeldung auch rückwirkend erfolgen.</p> <p>(4) Entfallen die Voraussetzungen für eine Steuervergünstigung (§§ 8 bis 9), ist der Hundehalter verpflichtet, dies der Einheitsgemeinde innerhalb von 14 Tagen nach Eintritt des Grundes für den Wegfall der Vergünstigung schriftlich anzuzeigen.</p> |                                       |  |
| <p><b>Hundesteuermarken, Feststellung und Kontrolle der Hundehaltung</b></p> <p><b>§ 11</b></p> <p>(1) Für jeden Hund, dessen Haltung in der Einheitsgemeinde angemeldet wurde, wird eine Hundesteuermarke ausgegeben. Die Hundesteuermarke verbleibt im Eigentum der Einheitsgemeinde.</p> <p>(2) Bei Beschädigung der Hundesteuermarke wird dem Hundehalter eine neue Marke unentgeltlich ausgehändigt, wenn die beschädigte Marke der Einheitsgemeinde zurückgegeben wird.</p>   | <p><b>§ 11 bleibt unverändert</b></p> |  |



|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>(3) Bei Verlust einer Hundesteuermarke wird dem Hundehalter eine neue Marke gegen Ersatz der Kosten ausgehändigt. Wird eine in Verlust geratene Marke wieder aufgefunden, ist die wieder aufgefundene Marke der Einheitsgemeinde unverzüglich zurückzugeben.</p> <p>(4) Die Gültigkeitsdauer der Hundesteuermarke kann eingeschränkt werden. Bei Ablauf der Gültigkeitsdauer ist die Hundesteuermarke bei der Einheitsgemeinde umzutauschen.</p> <p>(5) Der Hundehalter oder Hundeführer darf Hunde außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes nur mit der an den Halter ausgegebenen und gültigen Hundesteuermarke mit sich führen oder umherlaufen lassen. Hunde, die außerhalb der Wohnung oder des umfriedeten Grundbesitzes ohne gültige Hundesteuermarke unbeaufsichtigt angetroffen werden, können durch den Beauftragten der Einheitsgemeinde eingefangen werden.</p> <p>(6) Der Hundehalter oder Hundeführer ist verpflichtet, die mitgeführte Hundesteuermarke den Mitarbeiter des Ordnungsamtes der Einheitsgemeinde oder den Polizeibeamten auf Verlangen vorzuzeigen.</p> <p>(7) Endet die Hundehaltung, so ist die Hundesteuermarke mit der Anzeige über die Beendigung der Hundehaltung innerhalb von 14 Tagen an die Einheitsgemeinde zurückzugeben.</p> |  |  |
|   | <p style="text-align: center;"><b>§ 12</b><br/><b>Billigkeitsmaßnahmen</b></p> <p>(1) Die Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte kann gemäß § 13a KAG LSA die Steuer, die für einen bestimmten Zeitraum geschuldet wird, ganz oder teilweise stunden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit</p> | <p>Wurde neu eingefügt und soll dem Bürger den Hinweis auf die Möglichkeiten der Stundung bzw. des Erlasses geben.</p> |

|  |  |   |
|--|--|---|
|  | <p>eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint.</p> <p>(2) Ist die Einziehung nach Lage des Einzelfalles unbillig, kann die Stadt die für einen bestimmten Zeitraum geschuldete Steuer ganz oder teilweise erlassen.</p> <p>(3) Die Entscheidung über Billigkeitsmaßnahmen erfolgt auf Antrag des Steuerpflichtigen. Wer eine Billigkeitsmaßnahme beantragt, hat alle Tatsachen anzugeben und nachzuweisen, die hierfür erheblich sind.</p>   |   |
| <p><b>§ 12</b><br/><b>Ordnungswidrigkeiten</b></p> <p>Ordnungswidrig im Sinne des § 6 Abs. 7 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt in Verbindung mit § 16 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die §§ 10 und 11 dieser Satzung verstößt. Diese Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 2.500,00 Euro geahndet werden.</p> | <p><b>§ 13</b><br/><b>Ordnungswidrigkeiten</b></p> <p>1. Zuwiderhandlungen gegen § 10 Nr. 1 (Anmeldung) oder § 10 Nr. 4 (Anzeige des Fortfallens von Steuerermäßigungen bzw. Steuerbefreiungen) sind Ordnungswidrigkeiten nach § 16 Abs. 2 KAG-LSA und können mit einer Geldbuße bis zu 10.000 Euro geahndet werden.</p> <p>2. Zuwiderhandlungen gegen § 10 Abs. 2 (Abmeldung) sind Ordnungswidrigkeiten nach § 8 Abs. 6 Satz 2 KVG LSA und können mit einer Geldbuße bis 5000 € geahndet werden.</p> <p>2. Zuwiderhandlungen gegen § 11 Nr. 5 (Steuermarke dem Hund nicht sichtbar angelegt) oder Nr. 6 (Weigerung die Hundesteuermarke vorzuzeigen) sowie Nr. 7. (keine Rückgabe der Hundesteuermarke nach Beendigung der Hundehaltung) Ordnungswidrigkeiten nach § 8 Abs. 6 KVG LSA und können mit einer Geldbuße bis 5000 € geahndet werden.</p> | <p>Änderung der Nummerierungsfolge der §§ fortlaufend</p> <p>Dieser § wurde konkretisiert. Eine Bußgeldvorschrift enthält einen selbständigen Grundrechtseingriff. Deshalb muss das Ge- oder Verbot, dass mit einem Bußgeld belegt werden soll, ausdrücklich auf einen bestimmten Tatbestand und die bestimmte Rechtsgrundlage für die Ahndung hinweisen. Es muss genau zu erkennen sein, welches Verhalten nach welcher Bußgeldvorschrift und mit welcher Bußgeldhöhe geahndet wird.</p> |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p style="text-align: center;"><b>§ 13</b><br/><b>Übergangsvorschrift</b></p> <p>Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bei der Einheitsgemeinde bereits angemeldeten Hunde gelten als angemeldet im Sinne des § 10 Abs. 1.</p>   | <p style="text-align: center;"><b>§ 14</b><br/><b>Übergangsvorschrift</b></p> <p>Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bei der Einheitsgemeinde bereits angemeldeten Hunde gelten als angemeldet im Sinne des § 10 Abs. 1</p> |  |
| <p style="text-align: center;"><b>§ 14</b><br/><b>Inkrafttreten, Außerkrafttreten</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Hundesteuersatzung tritt am 01.01.2013 in Kraft.</li> <li>2. Gemäß § 11 (1) des Gebietsänderungsvertrages (Bekanntmachung Amtsblatt für den Landkreis Stendal vom 30.05.2010, Nr. 13) verliert mit Inkrafttreten dieser Satzung das bislang bestehende Ortsrecht der aufgelösten Gemeinden bezüglich der Hundesteuer seine Gültigkeit.</li> </ol> | <p style="text-align: center;"><b>§ 15</b><br/><b>Inkrafttreten</b></p> <p>Die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer tritt am 01.01.2017 in Kraft.</p>   |  |

